

Für die FDP-Fraktion erläuterte Frau Silber-Bonz den Antrag. Die Kinder- und Jugendarbeit sei im Jugendzentrum Mülldorf in besonderer Weise vernetzt. Im Jahre 1997 seien die Mittelzuweisungen im Bereich der Jugendarbeit gesunken. Aus diesem Grund sei seinerzeit der Förderverein mit breitem Konsens von Verwaltung und Politik gegründet worden. Der Erfolg der städtischen Jugendarbeit könne in den regelmäßigen Pressemeldungen nachgelesen werden. Die Jugendlichen selbst hätten in Workshops den Weg für die Projektplanung aufgewiesen.

Herr Knülle sprach sich gegen den Antrag aus. In einer Vorgabe zur Besetzung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe und Abläufe von Verwaltungshandeln sehe er eine Einmischung in die Kompetenzen des Bürgermeisters, die zu weit gehe. Es liege ein klarer Auftrag des Jugendhilfeausschusses an die Verwaltung vor. Neben dem Förderverein und weiteren Beteiligten könne die Verwaltung nach eigenem Ermessen Arbeitsgruppen besetzen. Herr Köhler schloss sich dieser Auffassung an.

Dem widersprach Frau Silber-Bonz. Das Projekt könne nur umgesetzt werden, wenn alle Beteiligten hieran mitwirken. Dies sei nicht die Verwaltung allein, auch der Vorstand des Fördervereins müsse einbezogen werden. Auch bei anderen baulichen Maßnahmen der Stadt gebe es entsprechende Projektgruppen.

Herr Schell wies auf die bereits bestehende Arbeitsgruppe zum Neubau des Jugendzentrums hin. Der Förderverein sei nicht in der Arbeitsgruppe vertreten. Die CDU-Fraktion sehe ein Erfordernis, den Verein zu beteiligen. Die von Herrn Knülle beschriebene Einmischung könne er nicht erkennen. Seine Fraktion könne dem Antrag zustimmen.

In der Verpflichtung, dass die Verwaltung den Förderverein in eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe aufnehmen muss, erkannte Herr Knülle die von ihm zuvor beschriebene Einmischung. Wenn der Förderverein in der Arbeitsgruppe mitwirken möchte, bedürfe es keines politischen Antrages. Der Verein könne seine Interessen selbst gegenüber der Verwaltung geltend machen. Dem schloss sich Herr Metz an.

Frau Lüders teilte als Vorsitzende des Fördervereins mit, dem Verein läge kein Auftrag vor, Mittel für den Neubau des Jugendzentrums zu akquirieren. Vor diesem Hintergrund spreche sie sich für eine engere Zusammenarbeit mit der Verwaltung in der von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Form aus.

Frau Jung hielt das Jugendzentrum für unverzichtbar. Da die Stadt aus finanziellen Gründen die Mittel für einen Neubau nicht allein aufbringen kann, sei eine enge Vernetzung aller Beteiligten zum Erhalt des Jugendzentrums erforderlich. Neben dem Jugendzentrum seien auch die dezentralen Angebote der Jugendarbeit zu erhalten.

Der Bürgermeister sah in dem Antrag der FDP-Fraktion keine Einmischung in Verwaltungsabläufe, sondern einen Hinweis, das Projekt nach vorne zu bringen. Gleichwohl könne er den Antrag in der vorliegenden Form nicht annehmen, da noch weitere Fachbereiche der Arbeitsgruppe zugeführt werden müssten.

Er sagte zu, den Förderverein sowie eventuelle weitere Außenstehende zum notwendigen und sinnvollen Zeitpunkt in die bestehende Arbeitsgruppe einzubeziehen.

Ein gemeinsamer Workshop sei bereits in Planung. Es bedürfe keiner Abstimmung über den Antrag. Dem schlossen sich Herr Schmitz-Porten und Herr Köhler an.

Frau Jung plädierte für eine Abstimmung, wobei in dem Beschlussvorschlag die zu beteiligenden Fachbereiche nicht explizit benannt werden. Sie wünsche sich ein Bekenntnis. Der Bürgermeister gab zu Bedenken, dass seitens der Politik nicht zwingend vorgegeben werden könne, mit wem die Verwaltung zusammen zu arbeiten habe.

Nach einer von Frau Feld-Wielpütz beantragten Sitzungsunterbrechung (15 Minuten) zog die FDP-Fraktion vor dem Hintergrund der Zusage des Bürgermeisters den Antrag zurück.